

Nummer 145
Freitag 479
Donnerstag den 25. Juni 1931
Freitag 479
66. Jahrgang.

### Revisionsstempel und Personalpolitik

Von einem eben aus dem Auslande zurückgekehrten deutschen Diplomaten werden uns folgende Betrachtungen zur Verfügung gestellt:

Erschütternd ist es, wenn man im Augenblick des Versichens Vorschlags über die deutschen Grenzen kommend, das Echo seiner Anregungen in dem geteilten der deutschen Presse liest. Wie ist denn die Lage, Amerika, dessen Kapitalisten Milliardenbeträge gegen sonst in der Welt kaum erreichbare Zinsen an Deutschland verliehen haben, sieht dieses Schuldnerland, das gleichzeitig ein Hauptabnehmer seiner eigenen Produktion ist, dem Zusammenbruch entgegengehen. Ausgezeichnet unterrichtet, wie man in den New Yorker Banken über alle die dortigen Interessen bedrohenden Entwicklungen in der Welt zu sein pflegt, weiß man besser als an manchen deutschen Stellen, wie die wahre Lage unseres Volkes ist. Wer mit amerikanischen Bankiers oder Diplomaten draußen zu tun hatte, konnte schon die ganze letzte Zeit über feststellen, wie richtig sie die Dinge in Deutschland sahen. Möchten große demokratische Blätter bei uns die ungeheure Not, in der sich, von wenigen Ausnahmefällen abgesehen, fast alle Deutschen aus Mangel an Lebensraum und Aufstiegsmöglichkeit befinden, als Uebertriebungen radikaler Kreise hinstellen, das Ausland wurde davon kaum irreführt. Der Hoover'sche Vorschlag hält sich von jeglichem Einzelprogramm fern, trotzdem er den ganzen Reparationswahn sowie den Kolonialtraum und die Eigenbildungen unseres Privatkapitalismus im Ausland als äußere Ursachen des deutschen Zusammenbruchs andeutet. Was Hoover uns gibt, ist nichts anderes als eine „Chance“, wie man sie als Letztes drüber jedem zu eröffnen pflegt, dessen inneren Kräften man noch Vertrauen schenkt. Wer diese Einstellung der Amerikaner kennt, ist erschrocken, die übertriebene Haufe an der Berliner Börse zu sehen und in großen Blättern zu lesen, daß Deutschland bereits jetzt so gut wie gerettet ist. Hoover aus einem Füllhorn Dollars auf den deutschen Michel aussprengend! Dieses von einem mittelparteilichen Blatt gebrachte Bild zeigt die Größe des Trugschlusses, dem man sich hingibt. Dabei ist eine innere Umkehr für Deutschland nie stärker als jetzt nötig gewesen. Indem Hoovers Vorschlag gewisse Möglichkeiten gibt, um die aber zu kämpfen ist, wird er zum Prüfstein für unseren eigenen nationalen Lebenswillen. Versäumen wir auch diesmal wieder die Gelegenheit, verschließen wir, statt den Dingen auf den Grund zu gehen, wird Deutschland am Ende des Reparations-Feierjahrs vor einer weit schwierigeren Lage als heute stehen. Dann können unsere Gläubiger sich in aller Ruhe durch schriftlichen Abruf der Kredite vorbereiten und uns, wenn wir die uns zugetraute Kraft zur Gesundung nicht bewiesen haben, mit verhältnismäßig geringem Schaden abschreiben. Kein Wunder, daß sich da der Blick aller derer, welche die Verhandlungen der letzten Jahre miterlebt haben, auf die Besetzung der Stellen lenkt, bei denen die eigentliche Bearbeitung der Reparationsfrage liegt.

Vor den Pariser Young-Verhandlungen geäußerte Warnungen sind zu unserem Schaden damals ungehört verhallt. Seitdem hat sich die Lage höchstlich verschlechtert. Wer den Verlauf der Haager Konferenz kennt, weiß, wie viel dort an der Einstellung der deutschen Sachbearbeiter gescheitert ist. Seitdem haben wir im Reichsfinanzministerium einen neuen Staatssekretär, der aus seiner rein marxistischen Anschauung heraus schon an früherer Stelle zu denjenigen gehörte, die mehr als andere einer Gesundung unserer Wirtschaft geschadet haben. Die Reihe der notwendigen Wendeungen ließe sich noch fortführen. Worauf es ankommt, vor Beginn neuer Verhandlungen die Schuldfrage für die früheren Rückschläge zu klären. Schon hört man Stimmen, mit denen die Beteiligten, um ihre eigene Stellung noch einmal zu retten, jeden Personalwechsel als Gefährdung der deutschen Verhandlungsfähigkeit erklären. Das Gegenteil ist zutreffend. Wer am Vorabend neuer Kämpfe steht, hat die Pflicht, die Geeignetheit seiner Mitarbeiter zu prüfen.

### Die Botschaft Brünnings

Berlin, 24. Juni. Reichsanzler Dr. Brüning sprach gestern Abend über den Deutschlandsender über die allgemeine politische Lage. Der außenpolitische Teil seiner Ausführungen hatte folgenden Wortlaut:

Das vorgeschlagene Feiertag soll nach der Proklamation des Präsidenten der Vereinigten Staaten nicht nur der Wiederherstellung des internationalen Vertrauens auf wirtschaftlichem Gebiet und damit dem wirtschaftlichen Wiederaufbau der Welt dienen, es verfolgt gleichzeitig den Zweck, die politischen Beziehungen zwischen den Ländern von störenden Spannungen zu befreien und eine auf überzeugter Zusammenarbeit der Staaten beruhende friedliche Weiterentwicklung zu fördern und zu festigen. Dies steht in einem notwendigen Wechselverhältnis. Ohne Gesundung der Wirtschafts- und Finanzbeziehungen ist keine Verubi-

### Tagespiegel

Nicht nur die Universität, auch die Technische Hochschule, sowie die Hochschulen für Bodenkultur und Welthandel in Wien sind bis auf weiteres geschlossen worden.

Die Explosion in den Marinewerksstätten Holstonheath hat mehr Todesopfer gefordert, als aus den ersten Meldungen ersichtlich war. Bisher wurden elf Personen als vermißt gemeldet, was soviel besagen will, daß sie sämtlich tot sind. Verleßt wurden bei der Explosion 19 Arbeiter, die meisten von ihnen glücklicherweise nicht schwer.

Der Schnelldampfer „Drottningholm“ hat 120 Seemeilen nordöstlich von Kap Race einen Funkspruch von den Fliegern Gatty und Post aufgefangen, in dem sie ohne Anlage ihrer Position gutes, klares Wetter und leichte Brise melden.

Der Propellerantriebswagen des Diplomatingenieurs Krudenberg wird voraussichtlich bis Donnerstag, 25. Juni, in Berlin bleiben. Es ist vorgesehen, darnach den Wagen in einer Zweifertagesfahrt über Magdeburg, Halberstadt, Goslar, Paderborn und Elberfeld nach Düsseldorf zu fahren.

Die beiden dänischen Flieger Hillig und Holtris sind heute zu ihrem Transozeanflug nach Kopenhagen gestartet.

Die deutsche Regierung ist bereit, mit allen Kräften an der Erreichung dieses Zieles der amerikanischen Initiative mitzuarbeiten. Sie hat den aufrichtigen Willen, zusammen mit allen Regierungen an die Lösung der Fragen heranzugehen, die für die Beruhigung der Verhältnisse Europas von Bedeutung sind. Je mehr die schwere wirtschaftliche und soziale Not sich mildert, unter der das deutsche Volk leidet, je gestärkter und einmütiger wird seine Bereitschaft und seine Fähigkeit hervortreten, ein Bollwerk der Ruhe und der Ordnung in Europa zu sein. Die Größe der Stunde, und die aus ihr sich ergebende Verantwortlichkeit lassen mich die Hoffnung und Erwartung aussprechen, daß alle diejenigen, die für die Formung der öffentlichen Meinung von maßgeblichem Einfluß sind, sich bewußt bleiben, von welcher entscheidender Bedeutung in diesem Augenblick Wahrhaftigkeit und Selbstdisziplin bei allen unseren Volksgenossen in allen Äußerungen und Kundgebungen sind für Deutschland und für Europa.

Für dieses große Ziel wird der amerikanische Vorschlag Raum schaffen, wenn er von den in Frage kommenden Ländern in dem hochherzigen Geiste angenommen wird, in dem er von seinem Urheber gemacht worden ist.

Die deutsche Regierung ist sich bewußt, daß bei alledem der zukünftigen Gestaltung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich eine besonders wichtige Rolle zufällt. Wenn in der Entwicklung dieser Beziehungen manche Schwierigkeiten und Hemmnisse hervorgetreten sind, wenn es in der Öffentlichkeit auf beiden Seiten der Grenze vielfach zu lebhaften Auseinandersetzungen gekommen ist, so halten wir trotzdem an der Ueberzeugung fest, daß all das nicht unüberwindbar ist, daß vielmehr bei beiderseitigem gutem Willen Mittel und Wege gefunden werden, um das Uebereinstimmende und Gemeinsame in den Interessen der beiden Völker in den Vordergrund zu bringen. Es gilt, dies in dem Bewußtsein der beiden Völker so zu verankern, daß es die Gewähr der Dauer in sich trägt. Weil ich davon überzeugt bin, daß eine wirklich ausgeglichene und fruchtbarere Zusammenarbeit unter den Völkern Europas und die für den lebendigen Wirtschaftsaustausch mit der Neuen Welt notwendige Stabilisierung des europäischen Friedens erst am Tage gesichert erscheint, wo zwischen den großen Nachbarvölkern das Bergangene seelisch überwunden ist, der Blick gemeinsam der Zukunft und der geistigen, wirtschaftlichen und politischen Gestaltung zuwendet, gerade deshalb ist das Bestreben der von mir geführten Regierung, über Verstimmungen eines Augenblicks hinaus vorwärts zu denken und alles sachlich Verantwortbare zu tun, um die großmütige Aktion des Präsidenten Hoover ihrem verdienten und im Interesse Europas und der Welt notwendigen Erfolge zuzuführen. Die deutsche Regierung würde es ihrerseits an gutem Willen nicht fehlen lassen. Ist die Einigung über das Feiertagsjahr zustande gekommen, so wird es um so leichter sein, in offener Aussprache den Weg frei zu machen für eine großzügige praktische Zusammenarbeit der beiden Länder.

#### Augenkrankheit!

Mein Auge ist erkrankt, nichts mehr zu sehen von diesen Dingen, sehr erstickt od meines guten Kosmetikums und der großen Gesichtsunahme. Und ich, nun ich bin überglücklich und froh. Beiden ohne Falschung und jetzt gesund! Allen Augenkranken rufe ich zu: Nehmt O. C. G. - Tablets! Nehmt auch Großhändler Via kommen von der Firma O. C. G. Ernst & Co., Stuttgart-Geiselfeld. Ihr erhaltet diese Lebensfreude zurück!



### Frankreichs Bedingungen

**Die ungeschützten Zahlungen sollen weiter geleistet werden**

Paris, 24. Juni. Ministerpräsident Laval, Außenminister Briand, Finanzminister Flandin und Francois Boncet haben gestern Abend in einer Konferenz den Entwurf der französischen Antwort an Präsident Hoover fertiggestellt.

Nach am gleichen Abend teilte Ministerpräsident Laval dem Botschafter der Vereinigten Staaten die Grundzüge der Antwortnote mit. Wie Havas meldet, scheint der Inhalt der Antwort mit der bereits gestern früh veröffentlichten Ausschaffung des Mitarbeiters der Agentur Havas übereinzustimmen.

Das nämlich Frankreich auf der Zahlung der ungeschützten Annuität 31/32 besteht, die Summe aber der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich zur Verfügung stellt, die sie an die interessierten Länder als Darlehen überleiten könne. Um das durch das Ausbleiben der deutschen Zahlungen im französischen Haushalt entstehende Defizit zu decken, werde Frankreich kurzfristige Sachpläne ausgeben.

Ministerpräsident Laval empfing gestern Abend den Botschafter der Vereinigten Staaten, der ihm erklärte, daß über den Plan des Präsidenten Hoover keine Vorbesprechung mit irgendeiner anderen Macht stattgefunden hat. Präsident Hoover habe sich zu seinem Schritt verpflichtet gesehen, um die deutsche Finanzkrise zu beheben, die zu einem Zusammenbruch zu führen drohte. Frankreich sei die erste Macht gewesen, die von dem Vorschlag des Präsidenten unterrichtet worden sei. Ministerpräsident Laval dankte dem Botschafter für diese Mitteilung und übergab ihm dann die Grundzüge der Antwort, die Frankreich morgen auf den amerikanischen Vorschlag erteilen werde.

### Zweijahresmoratorium und Anleihe?

London, 24. Juni. Wie der Pariser Korrespondent des „News Chronicle“ meldet, dürfte die französische Regierung vorschlagen, das Moratorium für Kriegsschulden und Reparationen auf zwei Jahre auszudehnen. Dieses Angebot würde mit dem Vorschlag einer von Amerika und den Alliierten gleichzeitig garantierten Anleihe verknüpft sein, die den interessierten Ländern ermöglicht, die durch den Ausfall der deutschen Zahlungen entstehenden Lücken auszufüllen. Deutschland könne vielleicht (!) an der Anleihe teilnehmen.

### Mussolini stimmt zu

Rom, 24. Juni. Ministerpräsident Mussolini hat auf Grund des Vorschlags des Präsidenten Hoover gestern dem italienischen Botschafter in Washington das folgende Telegramm übermittelt:

Ich bitte Eure Excellenz, der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika mitzuteilen, daß ich den Vorschlag des Präsidenten Hoover über die vollständige Einstellung der Schuldentilgungen der Regierungen während eines Jahres geprüft habe. Dieser Vorschlag legt Italien erhebliche Opfer auf; aber ich habe mich nach reiflicher Ueberlegung entschlossen, ihm grundsätzlich meine herzlichste Zustimmung zu erteilen. Ich behalte mir vor, der dortigen Regierung binnen kurzem einige Bemerkungen zugehen zu lassen, die dahin zielen, eine zugleich gerechte und praktische Anwendung der glücklichen Initiative der amerikanischen Regierung sicherzustellen, wie dies gewiß im Sinne der Vorschläge des Präsidenten liegt. Ich beglückwünsche mich dazu, daß die Initiative des Präsidenten Hoover, deren hohe moralische Bedeutung vom italienischen Volk voll gewürdigt wird, eine Periode wirksamer Zusammenarbeit zwischen den Völkern eröffnen kann, einer Zusammenarbeit, die überaus notwendig ist im gegenwärtigen Augenblick allgemeiner Schwierigkeiten und am Vorabend der Abrüstungskonferenz.

### Moratorium und Präsidentenwahl

Washington, 24. Juni. Wie aus Washington berichtet wird, hat Präsident Hoover in seinem Plan die Möglichkeit offen gelassen, das Moratorium auf zwei Jahre auszudehnen. Zahlreiche politische Führer seien der Ansicht, daß ein einjähriges Moratorium nicht genüge, um Deutschland aus seiner schwierigen finanziellen Lage herauszuhelfen. Außerdem weisen man darauf hin, daß unter dem Einjahres-Plan die Frage der Ausdehnung des Moratoriums im Juni 1932 ausgesetzt werden würde, also mitten in der amerikanischen Kampagne für die Präsidentenwahl. Keine Partei, die Wert auf die Stimmen der deutsch-amerikanischen Wähler lege, werde daher gegen eine Verlängerung des Moratoriums Stellung nehmen können. (!) Man





